



Aus der Arbeit des Gemeinderats

(Remchingen, zac). Während in der Frühlingssonne dieser Tage wieder reges Treiben auf den Remchinger Spiel- und Sportplätzen und an so manchen öffentlichen Treffpunkten in den Ortsteilen herrscht, kommt es bei Nacht hier und da auch zu unschönen Situationen. Wie berichtet, brannte es im vergangenen Sommer auf gleich zwei Spielplätzen in Singen und immer wieder gibt es Klagen über Sachbeschädigungen und Verunreinigungen gemeindeeigener Einrichtungen wie zuletzt an der Bärenhütte. Auf Antrag der Freien Wählervereinigung hatte der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe „Sicherheit“ ins Leben gerufen und beschlossen, Angebote für die erneute Einrichtung einer Citystreife einzuholen. Die CDU-Fraktion hatte daraufhin angeregt, eine Sicherheitsbefragung in der Bürgerschaft durchzuführen, um relevante Hotspots zu lokalisieren und langfristig gezielte Maßnahmen angehen zu können.

Egon Wachter vom Kriminologischen Forschungsinstitut Baden-Württemberg präsentierte in der vergangenen Gemeinderatssitzung Möglichkeiten eines Remchinger Sicherheitsaudits in Kooperation mit der Universität Heidelberg. Der durchschnittliche Nutzen in Form einer Reduktion der Gewalt- und Straßenkriminalität überwiege wissenschaftlichen Auswertungen zufolge in Städten wie Heidelberg, Hockenheim, Schwetzingen oder Wiesloch deutlich die Kosten der kommunalen Kriminalprävention – unabhängig von ihrer Größe, verdeutlichte Wachter. Signifikante Korrelationen zwischen der Anzahl an Präventionsangeboten und einer Abnahme der Häufigkeit von Straftaten habe es insbesondere dann gegeben, wenn sich Städte für das „Heidelberger Sicherheitsaudit“ mit umfassender Auswertung der Befragung und optimierten Maßnahmen in kleinteiligen kommunalen Räumen entschieden hatten. Ute Praefcke (Bürgerliste) und Tomislav Glavas (SPD) erfuhren auf Nachfrage, dass Remchingen mit seinen rund 12.000 Einwohnern die bisher kleinste teilnehmende Kommune wäre. Schon oft seien aber Stadtteile untersucht worden, die ähnlich groß wie Remchingen seien.

Für eine Onlinebefragung mit der Möglichkeit für ältere Bürger, auch schriftlich teilzunehmen, samt Auswertung rechnet Wachter mit Kosten von etwa 20.000 Euro. Um möglichst repräsentative Ergebnisse zu erhalten, sollten jedoch alle Bürger ein bis zweimal postalisch informiert werden, was je nach Vergabe oder Eigenleistung der Gemeinde weitere 20.000 Euro Kosten verursachen könne. Alternativ könne man übers Amtsblatt werben. Die Rücklaufquote seriös auswertbarer Antworten liege online bei etwas über zehn Prozent, bei reinen Papierbefragungen bei gut einem Drittel und könne durch eine Auslobung von Gutscheinen örtlicher Geschäfte erhöht werden. „Dabei muss man auch den Benefit in der Bevölkerung bedenken. Das kommt meist gut an, wenn man zeigt, dass man an dem Thema dran ist“, ermutigte Wachter. Viele Fraktionskollegen und auch er hätten in der aktuell wirtschaftlich angespannten Situation mit den Kosten gehadert, erklärte Felix Casper (CDU): „Aber jetzt bin ich überzeugt, da die Gefahr groß ist, dass viele Maßnahmen sinnlos sind, wenn man beispielsweise eine Kamera an der falschen Stelle anbringt. Wenn Fachleute den Weg mit uns gehen, kann ein Gesamtkonzept seine Wirkung entfalten.“ Hans Zachmann (CDU) regte an, sich die Kosten mit interessierten Nachbarkommunen zu teilen und eine großräumigere Befragung anzugehen. Im weiteren Verlauf soll sich die AG Sicherheit weiter mit dem Thema beschäftigen und eine Empfehlung an den Gemeinderat geben.

Mensaverpflegung vergeben

Einstimmig beschloss der Gemeinderat die Vergabe der Verpflegungsleistungen für die Mensa des Kinder- und Jugendcampus in Wilferdingen an die Firma apetito Catering aus Rheine. Mit näheren Details des Angebots hatte sich zuvor der Verwaltungsausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung beschäftigt. Wie berichtet sollen von der Produktionsküche am Campus aus sieben weitere Remchinger Einrichtungen beliefert werden. Matteo Kammerer (Grüne) erfuhr auf Nachfrage, dass das Essen aus tiefgekühlten Komponenten besteht und mit frisch gekochten Beilagen wie Nudeln, Reis, frischen Salaten oder Nachtisch vor Ort aufbereitet wird. Der Vertrag laufe zwei Jahre mit zweimaliger Option auf Verlängerung von jeweils zwei Jahren, erfuhr dagegen Ute Praefcke (Bürgerliste). Eine verpflichtende Abnahme von örtlichen Produzenten vertraglich einzubinden, sei nicht möglich gewesen.

Zudem beschloss der Rat einstimmig die Vergabe von Fliesenarbeiten für die Sanierung der Turn- und Schwimmhalle in Höhe von 476.000 Euro an ein Unternehmen aus Bad Ditzgenbach.

Fragestellung zu Remchinger Windkraft-Entscheid steht fest

Der Bürgerentscheid zu weiteren Windkraft-Planungen in den Gebieten südöstlich von Nöttingen wird am Sonntag, 20. Juli 2025, stattfinden. Neben der Frage „Sind Sie dafür, dass die Gemeinde Remchingen gemeindeeigene Flächen im Bereich Bäregrund, Ranntal und

Oberwald zur Durchführung von Gutachten mit dem Ziel der Errichtung von Windenergieanlagen verpachtet?“ lässt die Gemeinde auch eine Karte mit den entsprechenden Gebieten auf die Stimmzettel drucken. Mit einer Enthaltung von Ute Praefcke (Bürgerliste) stimmte der Remchinger Gemeinderat am Donnerstagabend diesem Vorschlag zu, den wie berichtet ein Begleitkreis aus der Bevölkerung zusammen mit dem Forum Energiedialog an vier Abenden erarbeitet hatte.

Kurt Ebel (CDU) regte zuvor an, den Hinweis in die Fragestellung mit aufzunehmen, dass diese Flächen innerhalb des Wasserschutzgebiets Seewiesenquellen lägen. Ute Praefcke (Bürgerliste) warb dafür, die Frage deutlich zu vereinfachen in „Sind Sie dafür, dass im Bärensgrund, Ranntal und Oberwald Windräder erstellt werden?“. Volker Bräuninger (SPD), Martin Rothweiler (FWV) und Martin Gegenheimer (CDU), die ebenso wie Vertreter der Grünen und der Bürgerliste dem Begleitkreis angehörten, baten darum, die Empfehlung des Begleitkreises als demokratischen Prozess anzunehmen. Bürgermeisterin Julia Wieland verdeutlichte, dass die Frage so komplex sein müsse, um rechtskräftig zu sein: „Wenn bei der einfachen Variante ‚Ja‘ rauskommen würde, würde das suggerieren, dass die Windkraft kommt – das ist dann aber noch lange nicht der Fall, da erst Gutachten erstellt werden müssen und einige Wege zu gehen sind.“ Die Karte zeige Flächen der Suchraumkulisse des Regionalverbands Nordschwarzwald, die nicht bedeuten würden, dass die lokalen Gegebenheiten den Bau von Windkraftanlagen zulassen. Vor der Abstimmung werde es eine Infoveranstaltung und eine Abstimmungszeitung geben, in der die Akteure Stellung beziehen können. Ebel und Praefcke stellten daraufhin keine Änderungsanträge.

Remchinger Altenpflegeheim plant mit ausgeglichenem Ergebnis

Eine schwarze Null strebe der Wirtschaftsplan des Altenpflegeheims Remchingen an, erklärte Heimleiter Friedemann Albrecht: „Dabei habe ich selbst immer zwei Hüte auf und sehe einerseits die betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten, werde andererseits aber auch das maximale Interesse der Bewohner und Angehörigen wahren.“ Der Erfolgsplan rechnet für 2025 mit einem Volumen von rund 6,2 Millionen Euro. Aufgrund der angespannten Kostensituation mit Preissteigerungen in nahezu allen Bereichen stehe im Mai eine Anhebung der Pflegesätze an. Die Gemeinde verzichte auf eine Anhebung der Grundstücks- und Gebäudemiete, obwohl diese unter dem Marktniveau liege. An Investitionen stehe eine neue Pflegesoftware (75.000 Euro) sowie mittelfristig neue Stühle und Tische (200.000 Euro) und ein eigenes Fahrzeug an. Weitere Investitionen aus dem Haushalt der Gemeinde sehen rund 325.000 Euro für unter anderem eine umfassende Küchensanierung vor. Aufgrund der Umstellung auf Induktionstechnik ist neues Küchengeschirr (55.000 Euro) nötig.

Gemeindewerke schreiben rote Zahlen: Erhöhung der Wassergebühren 2026 geplant

Der Wirtschaftsplan der Remchinger Gemeindewerke sieht 2025 anders als in den Vorjahren ein Defizit von rund 107.000 Euro vor. Der Plan mit vier Sparten und einem Volumen von 1,9 Millionen Euro werde dominiert von der Wasserversorgung (1,2 Millionen Euro). Hier standen und stehen immer wieder Sanierungsarbeiten an, weshalb diese in den Vorjahren oft gewinnbringende Sparte mittlerweile selbst leicht defizitär sei – 2026 stehe daher eine Anpassung der Wassergebühren an.

Während die Nahwärme mit dem Blockheizkraftwerk an der Ortsmitte finanziell neutral kalkuliert ist und die Sparte Photovoltaik Gewinne bringt, sei die Sparte ÖPNV mit Parkplätzen, Tiefgarage und Ladesäulen ein „Kostenreißer“ innerhalb der Gemeindewerke. Die Einnahmen aus den Parkgebühren seien hinter den Erwartungen zurückgeblieben – auch hier müsse erhöht werden, so Kämmerer Frank Burghardt. „2025 wird für die Gemeindewerke ein schwieriges Jahr, egal wie man es dreht und wendet. Sie werden kein positives Ergebnis erwirtschaften – damit wird der durch die Finanzausgleichsumlage, Kreisumlage und das schwache wirtschaftliche Umfeld ohnehin schon schwer belastete Gemeindehaushalt noch zusätzlich belastet“, verdeutlichte Burghardt. Der Eigenbetrieb hat Schulden in Höhe von rund 643.500 Euro bei Banken und bei der Gemeinde in Höhe von 3,6 Millionen Euro. Letztere stammen unter anderem von einem Trägerdarlehen für den Tiefgaragenbau.

Hans Zachmann (CDU) und Matteo Kammerer (Grüne) hinterfragten, ob die Wassergebühren Verluste beim ÖPNV ausgleichen müssten. Burghardt verdeutlichte, dass es das gewählte und durchaus sinnvolle Konstrukt in der Vergangenheit gewesen sei, um Verlustbereiche auszugleichen. Nun sei aber die Wasserversorgung selbst defizitär: „Wir sollten nicht nur jedem Wasserrohrbruch nachlaufen, sondern auch das eine oder andere strukturell verbessern.“ Martin Gegenheimer (CDU) erfuhr, dass die Wasserversorgung durch marode Stellen jährlich rund 110.000 Kubikmeter Wasser und damit zwanzig Prozent verliere. Ein Wert unter zehn gelte landläufig als sehr gut. Felix Casper (CDU) fragte nach, ob keine Risikoeinlage geplant sei. „Das wäre ein Aufwand, der sich ebenso auf die Wassergebühr niederschlagen würde – wir können nicht auf einen lahmen Gaul so viel draufsatteln, dass er nicht mehr laufen kann“, antwortete Burghardt.

Julian Zachmann